

Technik in den Dienst des Menschen stellen!

Autor(en): **Steinkühler, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **10 (1988)**

Heft 39

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Technik in den Dienst des Menschen stellen!

von Franz Steinkühler

In der öffentlichen Diskussion um die Zukunftsperspektiven der Gesellschaft herrscht oft der Eindruck vor, die Menschen müßten nur den technischen Innovationen folgen, um sich eine Zukunft mit wachsendem Wohlstand und Zugewinn an Lebensqualität zu sichern. Aus dem Blick geraten ist in dieser verkürzten Sicht, daß jede technische Innovation das Ergebnis eines komplexen Prozesses ist, auf den ökonomische und politische Interessen sowie kulturelle Werthaltungen einwirken.

Ob die Nutzung technischer Innovationen das Leben und Arbeiten der Menschen erleichtert oder lediglich den Beziehern von Kapitaleinkünften neue Renditeperspektiven eröffnet, entscheidet sich nicht mit einer naturgesetzlichen Zwangsläufigkeit, sondern durch interessengeleitetes Handeln von Menschen. Ob es bei der bisherigen Verteilungsregel bleibt, nach der die durch Technikeinsatz möglichen Rationalisierungsfortschritte und Produktivitätsgewinne privat vereinnahmt werden, während die Risiken der Techniknutzung auf den Einzelnen verlagert werden oder gesellschaftlich getragen werden müssen, entscheidet sich nach der Durchsetzungsfähigkeit der Interessen an einer gesellschaftlich verantwortlichen und risikominimierenden bzw. -vermeidenden Nutzungsform der Technik. Deshalb ist blinde Technikeuphorie genauso fehl am Platz wie ewiger Technikpessimismus.

Die Technikentwicklung und ihr gesellschaftlicher wie betrieblicher Einsatz weisen ambivalente Entwicklungsmöglichkeiten auf. Technik kann, wie Bertolt Brecht es einmal formulierte, dazu genutzt werden, »die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern«. Die Technik kann auch zu einer Bedrohung oder gar zur Vernichtung menschlicher Existenz führen.

Nötig ist die verantwortungsvolle Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der modernen Technologien. Manche Entscheidungen – z.B. für die Plutoniumwirtschaft oder Gentechnik – haben Einfluß auf die nächsten Jahrhunderte und Jahrtausende. Die nachteiligen Folgen wären in weiten Bereichen nicht mehr korrigierbar. Auch die Nutzung der neuen Technologieschübe für immer perfektere Vernichtungswaffen hat eher die Perspektive für eine Selbstvernichtung der Menschheit als für das friedliche Zusammenleben der Völker eröffnet.

Auf die Arbeitswelt bezogen muß heute festgestellt werden, daß nur ein kleiner Teil der möglichen Humanisierungsfortschritte bereits verwirklicht worden ist. Auf dem schon erreichten Stand der technologischen Entwicklung ließe sich ohne Wohlstandsverlust z.B. die gesellschaftlich notwendige Arbeit so organisieren, daß alle Menschen eine existenzsichernde und interessante Arbeit finden. Alle könnten kürzer arbeiten, niemand müßte arbeitslos bleiben, denn gerade die Nutzung der Technik auf Basis der Mikroelektronik hat zu einer enormen Steigerung der Produktivität der Arbeit geführt. Nur mit großem gewerkschaftlichen Kraftaufwand ist es dabei im Ansatz gelungen, die arbeitssparenden Vorteile bei der

Nutzung neuer Technik an die Beschäftigten in Form von Arbeitszeitverkürzung und an die Arbeitslosen in Form von neuen Beschäftigungschancen weiterzugeben.

In diesem Zusammenhang bedeutet das Ziel, Technik in den Dienst des Menschen stellen, den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung für alle zu organisieren, statt ein Anwachsen von Arbeitslosigkeit zu verwalten. Technik in den Dienst des Menschen stellen, dies bedeutet zudem, die technischen Innovationen in der Arbeitswelt so zu lenken und zu nutzen, daß Gesundheitsbeeinträchtigungen in der Arbeit beseitigt werden, Kreativität in der Arbeit gefördert und gefördert wird, die sozialen Kontakte erweitert und tatsächlich die Produktionsprozesse und nicht die Menschen kontrolliert werden. In einer weiteren Hinsicht bedeutet Technik im Dienst des Menschen eine Umgestaltung der Arbeitsplätze mit dem Ziel, allen Arbeitnehmern im Arbeitsleben eine realistische Chance zu erhalten, gesund das Rentenalter zu erreichen. Auch die bereits bestehenden Handlungsspielräume zur Sicherung und Erweiterung von Qualifikation der Arbeitnehmer sind noch lange nicht ausgeschöpft. Schließlich verlangt die Indienstnahme der Technik durch den Menschen, vor ihrer Anwendung die Risiken auszuloten und auf eine Nutzung technischer Möglichkeiten dann zu verzichten, wenn Risiken – wie z.B. bei der Atomtechnik – unkalkulierbar sind.

Es darf nicht dem Zufall oder einem Beratungsmonopol der Experten überlassen bleiben, ob es zu einer Abschätzung von Technikfolgen kommt und die Einbindung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer zur Regel bei der Techniknutzung wird. Technikfolgeabschätzung muß zu einer staatlich geförderten Aufgabe werden und sozialverträgliche Techniknutzung zu einer Aufgabe betrieblicher Mitbestimmungsprozesse.

Gegen Technologiefolgeabschätzungen wird oft der Einwand erhoben, es lasse sich nicht voraussagen, wie sich bestimmte Technologien entwickeln. Dieser Einwand übergeht, daß fast alle Technologieprobleme, mit denen wir uns heute beschäftigen, einen Entwicklungs- und Forschungsvorlauf von mehreren Jahren haben. Dies gilt sowohl für die Forschung und Entwicklung neuer Produktionsverfahren als auch für die Entwicklung neuer Verfahrenstechnologien, etwa in der chemischen Industrie. Dies gilt ebenso für neue Verfahren der Energieerzeugung wie für die Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte. Dies trifft zu für die Entwicklung neuer Werkstoffe und für die Entwicklung neuer Computersysteme. Es ist zudem im höchsten Maße beunruhigend, wenn die Gentechnologie fast vorbehaltlos bejaht wird und Manipulationsmöglichkeiten nicht zur Kenntnis genommen oder nur verharmlost werden. Nicht minder bedrohlich ist es, wenn der verstärkte Ausbau der Biotechnologie angemahnt wird, die möglichen gesellschaftlichen und beschäftigungspolitischen Folgen aber ausgeblendet bleiben. Die staatliche Forschungsförderung hat schon lange eine Schlagseite zur Großindustrie. Über 50 Prozent der direkten Fördermittel kassiert z.B. der Siemens-Konzern, obwohl er allein über 23 Mrd. D-Mark liquider Mittel verfügen kann. Als Beleg für das mangelnde Interesse der Bundesregierung an einem verantwortli-

chen Umgang mit der Technik muß es gewertet werden, daß das Forschungsprogramm »Humanisierung der Arbeit«, das ohnehin immer ein ungeliebtes Kind war, noch weiter verstümmelt worden ist.

Die Gewerkschaften können allein mit ihren Initiativen die Versäumnisse staatlicher Politik bei den Fragen eines verantwortlichen Umgangs mit der Technik nicht aufheben. Bis heute fehlt den Betriebsräten z.B. eine gesetzliche Handhabe, um der für den Menschen jeweils fortschrittlicheren Lösung beim Technikeinsatz zur Verwirklichung zu verhelfen. Leider ist unter den Trägern unternehmerischer Verantwortung die Einsicht noch nicht weit verbreitet, daß neue Technologien auch neue Voraussetzungen bieten, die Arbeitsorganisation betriebswirtschaftlich rentabel zu humanisieren. So müssen heute immer noch die meisten Menschen unter dem bereits technologisch möglichen Humanisierungsniveau ihr Geld verdienen. Statt der aus Unternehmersicht behaupteten Zwänge zur Ausdehnung von Wochenarbeit böte eine arbeitnehmerorientierte Techniknutzung eine Voraussetzung, um den individuellen Arbeitszeitbedürfnissen der Menschen entgegenzukommen. Auf der Arbeitgeberseite ist immer noch der Mut zu zukunftsorientierten Problemlösungen bei der Arbeitszeitgestaltung und bei der Arbeitsorganisation weniger verbreitet als die Scheu vor mitdenkenden, mitbestimmenden und mitverantwortenden Arbeitnehmern.

Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, in der Interessenauseinandersetzung um die Förderung von Technikentwicklungen und ihre betriebliche Nutzung Partei für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände zu nehmen und Belastungen für Mensch und Natur abzuwehren. Dabei können ökonomische Erwägungen nicht als Maß aller Dinge akzeptiert werden. Wer einzelwirtschaftliche Gewinninteressen über alles stellt, liefert ihnen die Zukunft der Gesellschaft aus. Wer Technik in den Dienst der Menschen stellen will, muß deshalb auch nach dem Steuerprinzip für wirtschaftliche Entscheidungen fragen und Rechtfertigungszwänge für einen unverantwortlichen Umgang mit Mensch und Natur erhöhen.

Es ist eine Frage der Durchsetzungsfähigkeit der Reformkräfte in der Gesellschaft, zu deren Kern sich die Gewerkschaften zählen, ob der Mensch und seine Bedürfnisse zur Richtschnur von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft und der Technologiepolitik gemacht werden. Die Gewerkschaften bemühen sich dabei, mit ihren Mitteln der Betriebs- und Tarifpolitik sowie der gesellschaftlichen Mobilisierung technische Innovationen durch soziale Innovationen zu begleiten.

Für die IG Metall ist die Grundlage hierfür eine Umsetzung ihres Aktionsprogrammes »Arbeit und Technik« durch eine solidarische Betriebspolitik. Wir wollen dabei den Erfindungsreichtum der technisch-wissenschaftlichen Fachkräfte – z.B. für integrierte Gruppenarbeit und menschengerechte Technik statt tayloristischer Arbeitsteilung – in Anspruch nehmen und nicht den Menschen, sondern die Technik transparenter werden lassen. Wir setzen auf das Engagement der Betriebsräte und die Beteiligung der Betroffenen und verlangen Qualifizierung von allen statt Auslese für wenige sowie eine solidarische Personalpolitik statt elitärer Förderpolitik.

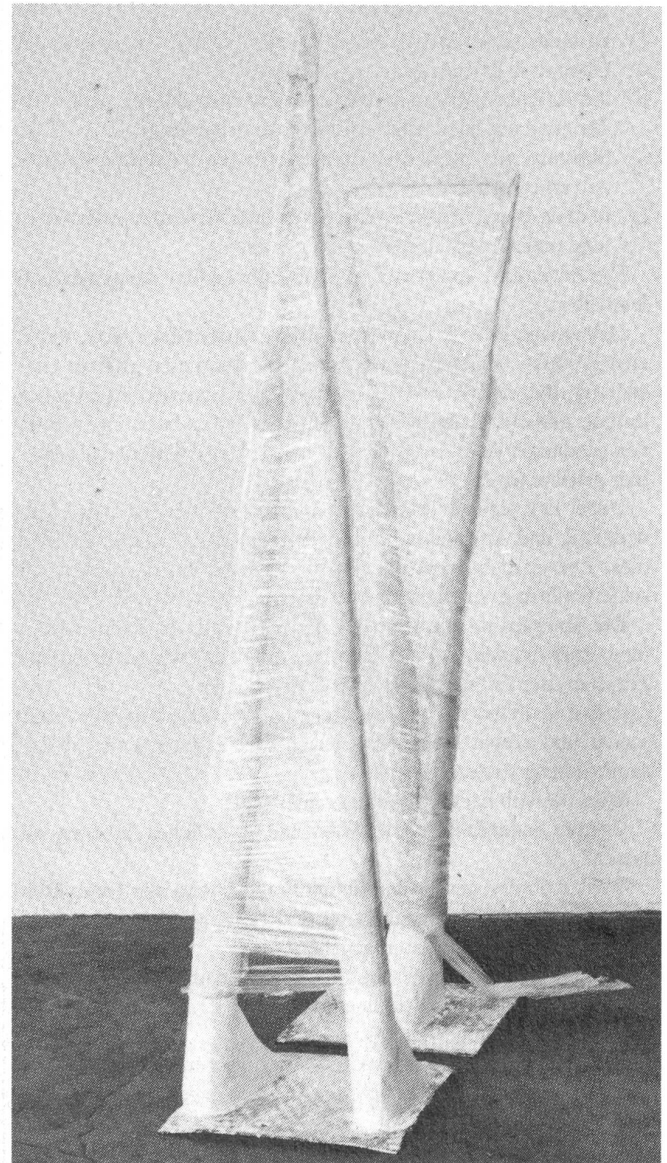
Die IG Metall möchte die schon vorhandenen Möglichkeiten einer sozialen Gestaltung der Technik und die absehbaren Notwendigkeiten einer aktiven Tarifpolitik zu einer Perspektive für die 90er Jahre verknüpfen. Die prinzipiellen Eckpunkte einer solchen tarifpolitischen Strategie sind schon formuliert. Es geht um die gegenseitige Verbindung von tariflich gesicherten Weiterbildungsansprüchen für alle Beschäftigten mit grundlegend reformierten tariflichen Bestimmungen über Eingruppierung und Entgelt differenzierung und um tarifliche Informations- und Reklamationsrechte,

Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeit und Technik, von Arbeitsplatz und Arbeitsorganisation.

Die praktischen Voraussetzungen für den Erfolg solcher Initiativen müssen auf der betrieblichen Ebene und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hergestellt werden. Dafür müssen Forderungen und Konzepte aber erst tragfähig gemacht werden, sie müssen heraus aus isolierten Zirkeln und Papieren, sie müssen die Köpfe der Menschen erfassen, ohne deren Unterstützung alternative Visionen von einer sozialverträglichen Nutzung technischer Innovationen nicht zu verwirklichen sind.

Als Mitstreiter für die Gestaltung der Zukunft und für Initiativen einer sozial verantwortlichen Techniknutzung möchten wir über den Kreis unserer Mitglieder hinaus ganz besonders auch jene ansprechen und für konkrete Arbeit gewinnen, die in ihren privaten Lebensbezügen wie im Berufsalltag nicht länger darauf vertrauen wollen, daß es »die da oben« und ihre Experten schon richten werden. ♦

Franz Steinkühler ist Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall



Frank Dornseif: »Plastikfoliendreiecke« Foto: Klaus Jopke